

4802/AB XX.GP

Die Abgeordneten zum Nationalrat Mag. Ewald Stadler und Kollegen haben am 26. November 1998 unter der Zahl 5229 / J - NR / 1998 an mich eine schriftliche Anfrage betreffend Massaker an Christen in Indonesien gerichtet, welche folgenden Wortlaut hat:

- 1) "Wie beurteilen Sie die anhaltende und weiter eskalierende Verfolgung der christlichen Minderheit in Indonesien?
- 2) Haben Sie in Ihrer EU - Funktion, bzw. als österreichischer Außenminister und Vizekanzler gegen die Christenverfolgung in Indonesien und in anderen Staaten Maßnahmen ergriffen?
 - wenn ja, wann und in welcher Form?
 - wenn nein, warum nicht?
- 3) Haben Sie den österreichischen Botschafter in Jakarta zur Berichterstattung nach Wien einberufen?
- 4) Haben Sie den indonesischen Botschafter in Wien in das Außenamt zitiert?
 - wenn nein, warum nicht?
 - wenn ja, wann?
- 5) Welche Maßnahmen gedenken Sie zu setzen um auf die Verfolgung christlicher Minderheiten aufmerksam zu machen und zu deren Schutz allenfalls Sanktionsmaßnahmen gegen die betreffenden Staaten einzuleiten?"

Diese Fragen beeindre ich mich, wie folgt zu beantworten:

Zu Frage 1:

Seit der Absetzung von Präsident Suharto im Mai d. J. ist es zu einer gewissen Liberalisierung der innenpolitischen Situation gekommen. Präsident Habibie hat dringende politische und wirtschaftliche Reformen in die Wege geleitet, ca. 60 neue politische Parteien wurden zugelassen. Dies hat zur Schaffung kleinerer Machtzentralen geführt, die sich gegen die gegenwärtige Regierung wenden und deren gemeinsames Interesse offenbar darin besteht, das Land vor den für Anfang Juni 1999 geplanten Wahlen zu destabilisieren. Die kürzlichen Ausschreitungen gegen Christen und Kirchen in Indonesien entsprechen somit nicht der Politik der indonesischen Regierung, sondern sind vielmehr gegen deren Reformpolitik gerichtet. Präsident Habibie hat diese Vorfälle verurteilt und zu religiöser und ethnischer Toleranz aufgerufen.

Zwischenfälle sind auch in Zukunft zu befürchten, doch ist nicht zu erwarten, daß die traditionelle Toleranz verschwinden wird, die bisher das Zusammenleben der verschiedensten ethnischen und religiösen Gruppen in Indonesien ermöglicht hat.

Zu Frage 2:

Die EU hat sich wiederholt in Erklärungen zur Lage in Indonesien geäußert, zuletzt in der Erklärung der österreichischen Präsidentschaft im Namen der Europäischen Union vom 20. 11. 1998, in der die gewalttätigen Ausschreitungen vom 13. 11. 1998 zutiefst bedauert und die Besorgnis der EU über die exzessive Anwendung von Gewalt durch die Sicherheitskräfte gegen die Demonstranten zum Ausdruck gebracht wurde. Die EU hat auch andere Demarchen gegenüber der indonesischen Regierung durchgeführt, zuletzt anlässlich einer Begegnung mit Außenminister Alatas und eines Gespräches mit Präsident Habibie, beide am 8. 12. d. J., und dabei u. a. dazu aufgefordert, den demokratischen Reformprozeß weiterzuführen und alles in ihrer Macht Stehende zu tun, um Gewalttätigkeiten zwischen ethnischen und religiösen Gruppen zu vermeiden. In ähnlichem Sinne wurden in den letzten Monaten auch Demarchen in Pakistan, Indien, und gegenüber den Taliban in Afghanistan durchgeführt.

Zu Frage 3:

Nein. Der Botschafter wurde zu laufender detaillierter Berichterstattung und zur Durchführung von gemeinsam mit den EU - Partnern beschlossenen Demarchen beauftragt, was im Falle seiner Rückberufung nicht im selben Maße möglich gewesen wäre.

Zu Frage 4:

Das Außenministerium war wiederholt mit dem indonesische Botschafter in Wien in Kontakt und hat in diesen Gesprächen seine Besorgnis über die Situation zum Ausdruck gebracht und an die indonesische Regierung appelliert, alles in ihrer Macht Stehende zu tun, um gewalttätige Auseinandersetzungen zwischen religiösen Gruppen zu verhindern. Die Probleme wurden von mir auch anlässlich des Abschiedsbesuches des indonesischen Botschafters am 26. 11. 1998 erörtert, wobei dieser seine große Besorgnis über diese Vorfälle zum Ausdruck brachte und erklärte, daß hinter diesen offenbar geplanten und durchorganisierten Anschlägen gegen Christen und christliche Einrichtungen vermögende Anhänger des alten Regimes und gegen die Reformpolitik eingenommene Militärkreise stehen dürften.

Zu Frage 5:

Österreich wird auch in Zukunft mit seinen EU - Partnern die Situation in Indonesien eingehend beobachten und bei Bedarf geeignet erscheinende Maßnahmen setzen, um die Wahrung der Menschenrechte religiöser Minderheiten sicherzustellen. Sanktionen scheinen in diesem Zusammenhang nicht zielführend.